

Positionspapier Migrationspolitik Kanton Aargau

Von der Mitgliederversammlung am 14.08.2015 freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
Einführung	3
Politische Flüchtlinge.....	3
Niedrigqualifizierte – Wirtschaftsflüchtlinge.....	3
Hochqualifizierte – Expats	3
Kriminaltouristen	3
Binnenmigranten	3
Positionen der glp Aargau.....	4
Allgemein	4
Migration und Integration.....	4
Migration und Wirtschaft.....	5
Migration und Kriminalität	5
Migration und Asylwesen.....	6
Schnittstellen	7
Die glp Aargau setzt sich ein für:	7

Zusammenfassung

Migration, die aufgrund politischer Verfolgung und entlang wirtschaftlichen Gefällen stattfindet, hat es immer gegeben und wird auch in Zukunft einen relevanten Teil unserer Lebenswelt bilden. Der Aargau ist ein Grenzkanton. Er ist dadurch direkt von den Auswirkungen verschiedener Migrationsphänomene betroffen.

Eine umfassende und vernetzte Migrationspolitik ist angesichts der heutigen Einwanderungsraten und den nicht immer friedlichen Kontakten mit der einheimischen Bevölkerung dringend nötig. Bei der Erarbeitung neuer Strategien im Umgang mit Migration sind unsere Behörden gefordert unserer humanitären Tradition, den gesellschaftlichen Bedürfnissen, der vorhandenen Infrastruktur und den wirtschaftlichen Ansprüchen zu genügen.

Von den ausländischen Staatsangehörigen, die sich in der Schweiz niedergelassen haben, erwarten die Grünliberalen, dass sie sich integrieren, sich unmittelbar nach ihrer Ankunft um das Erlernen einer Landessprache bemühen, unsere Verfassung und Werte akzeptieren und sich an Gesetz und Sitte halten. Die Integrationsbemühungen sind mittels begleitenden Massnahmen zu unterstützen. Toleranz, Offenheit und Zivilcourage zählen zu den zu fördernden Grundwerten. Rassismus muss konsequent bekämpft werden.

Durch gezielte Anreize und eine gut koordinierte Bildungspolitik soll der Bedarf an Fachkräften zum grössten Teil aus dem inländischen Arbeitspool gedeckt werden können. Entsprechende Massnahmen leisten einen Beitrag zu einer geringeren Zuwanderung.

Die Hälfte der in der Schweiz verübten Verbrechen wird von Ausländern begangen. Die meisten dieser Kriminellen operieren aus dem Ausland und sind nicht in der Schweiz niedergelassen. Gegen diese sogenannten Kriminaltouristen muss gezielt vorgegangen werden, vorzugsweise in Zusammenarbeit mit den Behörden aus dem nahen Ausland. Das Kriminalitätsniveau der niedergelassenen Ausländer ist leicht höher als jenes des schweizerischen Durchschnitts. Präventive Massnahmen, zum Beispiel im Bildungs- und Sozialbereich, sollen dazu beitragen diese Zahlen auf das schweizerische Niveau zu senken.

Anerkannte Flüchtlinge, die oft hochtraumatisiert sind, sollen von einer kooperationsbereiten und gastfreundlichen Schweiz aufgenommen werden. Neben dem unmittelbaren Beistand sind auch Anreize für eine möglichst rasche Annäherung an die Gesellschaft und die Integration ins Arbeitsleben zu setzen. Dazu sind so früh wie möglich zumutbare Tätigkeitsfelder zu prüfen und zuzuweisen. Sinnvolle Beschäftigungen geben den Flüchtlingen eine Tagesstruktur und leisten einen Beitrag zur Bestreitung des Lebensunterhalts, während die Asylbewerber auf den Asylentscheid warten. Die Verfahren bis zum Entscheid über ein Asylgesuch müssen deutlich beschleunigt werden. Es ist wesentlich, dass der Prozess rechtsstaatlichen und humanitären Prinzipien genügt. Asylmissbräuche sind durch geeignete Massnahmen zu verhindern und

müssen angemessen sanktioniert werden. Kosten, die durch das Asylwesen anfallen, müssen gerecht auf alle Gemeinden verteilt werden. Der Kostenverteilungsschlüssel ist regelmässig anzupassen.

Einführung

Wanderbewegungen sind eng mit der Geschichte der Menschheit verknüpft. Migration aufgrund von politischer Verfolgung oder entlang wirtschaftlichen Gefällen hat es immer gegeben und wird es immer geben. Als Grenzkanton ist der Aargau von den Auswirkungen verschiedener Migrationsphänomene besonders betroffen. Durch den kantonalen Gesetzgebungsprozess und begleitende Massnahmen können die Anforderungen an die schweizerische Migrationspolitik erfüllt werden. Migration findet aus verschiedenen Gründen statt. Die glp Aargau unterscheidet folgende Gruppierungen:

Migration als Teil der
Menschheitsgeschichte

Politische Flüchtlinge

Als Flüchtling ist jede Person zu zählen, die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung ihr Land verlassen muss. Flüchtlinge in diesem Sinne können in der Schweiz Asyl beantragen.

Niedrigqualifizierte – Wirtschaftsflüchtlinge

Wirtschaftsflüchtlinge wandern in die Schweiz ein, in der Hoffnung hier bessere wirtschaftliche Perspektiven zu finden. Sie sind nicht asylberechtigt, jedoch in der Regel bereit für ihre Existenzsicherung zu arbeiten. Je nach Herkunftsland (wenn kein Personenfreizügigkeitsabkommen existiert) sind sie nicht automatisch zu dauerhaftem Aufenthalt berechtigt.

Hochqualifizierte – Expats

Als Expats werden gut ausgebildete ausländische Fachkräfte bezeichnet, die vorübergehend in der Schweiz arbeiten. Die Schweizer Wirtschaft hat eine hohe Nachfrage nach hochqualifizierten Personen, weshalb diese Fachkräfte im Ausland sogar aktiv angeworben werden.

Kriminaltouristen

Kriminaltouristen streben keinen dauerhaften Aufenthalt in der Schweiz an. Sie operieren aus dem nahen Ausland, um hier gezielt ihrem kriminellen Handwerk, z.B. Einbruchdiebstählen, nachzugehen.

Binnenmigranten

Von der nationalstaatenübergreifenden Migration sind innerstaatliche Migrationsströme zu unterscheiden. Zu dieser zweiten Migrationsform zählen die Pendler und Personen, die einen kantonsübergreifenden Wohnsitzwechsel vollziehen. So sind zum Beispiel die Wohnungsmieten im Aargau oft günstiger als im Grossraum Zürich. Dieser Umstand führt zu täglichen Pendlerströmen von der Vorstadt in die grossen urbanen Zentren.

Positionen der glp Aargau

Allgemein

Angesichts der heutigen Einwanderungsraten fordert die Gesellschaft von den Behörden eine umfassende und vernetzte Migrationspolitik. Einwanderungszahlen dürfen nicht alleine von den Interessen der Wirtschaft gesteuert werden. Sie müssen unter Berücksichtigung unserer humanitären Tradition, den gesellschaftlichen Bedürfnissen sowie der vorhandenen Infrastruktur (inkl. Finanzierung) gesteuert werden. Der Kanton Aargau kann die Herausforderungen nicht alleine lösen, aber seinen Teil zu einer Lösung auf nationaler Ebene beitragen.

Umfassende und Interdisziplinäre Migrationspolitik

Migration und Integration

Von den Menschen, die sich in der Schweiz aufhalten, erwarten die Grünliberalen, dass sie unsere Verfassung und unsere Werte respektieren, und sich ausserdem an Gesetz und Sitte halten. Dazu gehört, so schnell wie möglich die entsprechenden Landessprachkenntnisse zu erwerben. Ausländische Staatsangehörige müssen mindestens einer der vier Landessprachen mächtig sein. Die Hochsprache ist einer Dialektvariante vorzuziehen. Diese Forderungen gelten für alle hier niedergelassenen Personen auch für die hochgebildeten Expats, denen häufig Ausnahmen gewährt werden. Wir erwarten nicht, dass Einwandernde die Traditionen und Sprachen ihrer Herkunftsländer verleugnen. Die eigene Kultur soll in angemessenem Rahmen gepflegt werden können. Die schweizerische Verfassung steht jedoch klar über speziellen religiösen Gepflogenheiten, besonders wenn diese mit ihr in Konflikt stehen. Integrationsvereinbarungen sind ausdrücklich zu fördern und im ganzen Kanton zu vereinheitlichen.

Integrationsvereinbarungen

Insbesondere beim Familiennachzug sind Bemühungen zur Integration zu intensivieren. Kinder mit Migrationshintergrund sollen dieselben Chancen auf Bildung und Arbeit bekommen wie Schweizer Kinder. Anstrengungen im frühkindlichen Bereich sind deshalb zu unterstützen, beziehungsweise zu verstärken. Dabei müssen auch die Eltern stärker in die Pflicht genommen werden.

Unterstützung für die Integrationsbemühungen, Inpflichtnahme der Eltern

Raumplanerische und städtebauliche Massnahmen tragen dazu bei, ghettoähnliche Strukturen zu verhindern. Die Integration in die Nachbarschaft soll durch gemeinsame Freiwilligenarbeit gefördert werden. Als weitere Integrationsmassnahme strebt die glp eine allgemeine Dienstpflicht an. Deren Ausdehnung auf niedergelassene Ausländer könnte zum Beispiel dazu führen, dass Sprach- oder Integrationskurse für Immigranten von dienstpflichtigen Ausländern durchgeführt werden könnten. Diese Kurse könnten dadurch kostengünstig und effizienter durchgeführt werden.

Massnahmen gegen Ghettoisierung

Allgemeine Dienstpflicht auch für Ausländer

Toleranz, Offenheit und Zivilcourage

Toleranz, Offenheit und Zivilcourage werden gefördert und Rassismus konsequent bekämpft.

Einbürgerungskriterien sollen vereinheitlicht und versachlicht werden, wo dies noch nicht geschehen ist. Personen, die hier geboren wurden, sollen bei

Einheitliche und sachliche Einbürgerungskriterien

Volljährigkeit das Wahl- und Stimmrecht auf kommunaler Ebene automatisch erhalten.

Migration und Wirtschaft

Die Schweiz ist einerseits auf Einwanderung von guten Fachkräften angewiesen, darf aber den angeblichen Bedürfnissen der Wirtschaft nicht blind folgen. Diese blendet in vielen Fällen ökologische und soziale Probleme aus. Fehlende Fachkräfte sind, wenn immer möglich, in der Schweiz auszubilden und auf dem inländischen Arbeitsmarkt zu rekrutieren. Durch Anreize und eine entsprechende Bildungspolitik kann dieser Anspruch langfristig sichergestellt werden.

Inländische Fachkräfte fördern

Die Wirtschaft benötigt nicht nur hochgebildete Fachkräfte. Gerade Wirtschaftsflüchtlinge tragen ihren Teil zu gesteigerter Wirtschaftsleistung bei. Besonders die unbeliebten und körperlich anspruchsvollen Tätigkeiten werden zu einem grossen Teil von ausländischen Arbeitskräften erfüllt. Diese Tatsache darf nicht zu Lohndumping führen. Denn dies trägt dazu bei, einheimische Arbeitskräfte zu verdrängen. Wer in der Schweiz einer geregelten Arbeit nachgeht, soll auch angemessen entlohnt werden.

Wirtschaftsflüchtlinge regulieren

Migration aus wirtschaftlichen Gründen soll gesetzlich reguliert und nicht mit übertriebenen Anreizen verstärkt werden.

Migration und Kriminalität

Ausländische Staatsangehörige sind für rund die Hälfte der Verbrechen in der Schweiz verantwortlich. In dieser Statistik sind Strassenverkehrsdelikte und Verstösse gegen das Ausländerrecht nicht mitgerechnet. Dabei ist zu beachten, dass in der Schweiz wohnhafte Ausländer leicht und Asylsuchende markant häufiger wegen Delikten aus dem Strafgesetzbuch verurteilt werden. Über 80% der aufgrund des Strafgesetzbuches verurteilten Personen sind Männer. 50-60% der Verurteilten sind zwischen 20 und 34 Jahren alt. Wenn man nur junge Ausländer mit jungen Schweizern vergleicht, so ändert sich das Bild: Die Ausländerkriminalität bleibt zwar höher, die Zahlen nähern sich einander aber an. Es ist demnach zu differenzieren zwischen nicht in der Schweiz wohnhaften Ausländern („Einbruchtouristen“ u.ä.), die hauptverantwortlich sind für den höheren Ausländeranteil der Straftaten und den hier Niedergelassenen. Für Erstere muss sich die Attraktivität der Schweiz verringern. Dies kann durch eine enge Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten erreicht werden sowie regelmässige „Wühlmauskontrollen“ und Kontrollen in Zusammenarbeit mit dem Grenzschutzkorps und den Polizeikorps der Nachbarkantone. Die konsequente Anordnung von Freiheits- anstelle von Geldstrafen ist dringend nötig. Die Datenbanken der verschiedenen Institutionen sollten auch grenzüberschreitend möglichst kompatibel sein, um rasch handeln zu können. Die notwendigen Mittel müssen bereitgestellt werden.

Kriminalitätsstatistik, Unterschied zwischen niedergelassenen Ausländern und Kriminaltouristen

Internationale Zusammenarbeit, regelmässige Kontrollen zur Eindämmung von Kriminaltourismus

Mit gezielten Massnahmen, auch in der Prävention und im Bildungs- und Sozialbereich, ist die Kriminalität von hier Niedergelassenen auf das schweizerische Niveau zu senken: Perspektiven können Gelegenheits-

Präventionsmassnahmen gegen Kriminalität

riminalität verhindern. Auch das Entstehen von Banden kann früh durch aktives Erkennen und Handeln von Lehrpersonen, Schulsozialarbeit, Sozialbehörden und Polizei unterbunden werden. Gezielte präventive Massnahmen sind zudem nötig, wenn festgestellt wird, dass Staatsangehörige bestimmter Länder verhältnismässig hohe Verurteilungsraten aufweisen. Besonders in den Bereichen Drogen- und Menschenhandel ist der Ausländeranteil bei den Delinquenten überproportional hoch.

In den letzten Jahren machen sich immer häufiger radikalisierte „Gotteskrieger“, oft konvertierte Islamisten aus europäischen Ländern, auf, um für verbrecherische Organisationen in den Krieg zu ziehen oder Terroranschläge zu verüben. Auch aus der Schweiz sind vereinzelt Fälle bekannt. Dieser Trend muss sofort gestoppt und die Ausreise solcher Kämpfer verhindert werden. Für die Schweiz ist die Rückkehr kriegstrainierter und im Ausland noch stärker radikalisierter Individuen gefährlich. Durch die Eindämmung von anonymen Strukturen und durch Förderung von Engagement, Verantwortungsbewusstsein und Zivilcourage kann der Gefahr ein Stück weit entgegengewirkt werden.

Massnahmen gegen Radikalisierungen

Migration und Asylwesen

Im Sinne der humanitären Tradition unseres Landes wollen die Grünliberalen anerkannten Flüchtlingen einen sicheren Zufluchtsort bieten. Wurde bei einer Person das Asylgesuch gutgeheissen, so sollen Anreize für eine möglichst rasche Integration in Gesellschaft und Arbeitsleben geschaffen werden. Aber auch Asylsuchende, deren Verfahren noch hängig ist, sollen zumutbare Arbeiten, zum Beispiel im Umweltschutzbereich, ausführen und so zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts beitragen. Dies würde den Asylsuchenden sowohl die Wartezeit erträglicher machen, als auch eine Tagesstruktur geben: Der Tag füllt sich mit sinnvollen Tätigkeiten. Diese Stabilität legt die Grundlage für die Integration in die Arbeitswelt bei einer Annahme des Asylgesuchs.

Humanitäre Tradition im Asylwesen bewahren

Rasche Integration, möglichst früh sinnvolle Arbeit für Asylsuchende

Die Verfahren bis zum Entscheid über ein Asylgesuch müssen deutlich beschleunigt werden, gleichzeitig aber auch den rechtsstaatlichen Prinzipien genügen. Das Errichten von effizienten Bundeszentren, in denen alle notwendigen Strukturen und Behörden vorhanden sind, wird daher begrüsst. Diese Zentren sollen zwar vom Bund koordiniert werden, deren Betrieb aber an die entsprechenden Kantone delegiert werden. Die Grünliberalen lehnen die Bestrebungen zur Schaffung von Internierungslagern klar ab. Es soll aber möglich sein, Asylsuchende, welche sich (klein)kriminell (unter der Gefängnischwelle) verhalten, in zentralen Unterkünften unterzubringen. Diese sollen stärker überwacht werden und restriktiveren Regeln folgen, z.B. müssten Ausgangsrayon bzw. -zeiten durchgesetzt werden. Bonus-Malus-Systeme sollen dazu führen, dass Personen, die sich anständig und kooperativ verhalten, belohnt werden, beispielsweise durch ein höheres Taschengeld. Andererseits sollen Personen, die negativ auffallen, entsprechend bestraft werden können. Die Gelder für erhöhte Sicherheitsvorschriften rund um Asylunterkünfte und für mehr Haftplätze sind zu sprechen. Neu soll der sofortige Vollzug von kurzen Freiheitsstrafen angeordnet werden können. Die begründete Angst der

Schnelle aber rechtsstaatliche Asylverfahren
Schaffung von Bundeszentren aber keine Internierungslager

Sanktionsmöglichkeiten gegen renitente und kleinkriminelle Asylsuchende; Bonus-Malussystem

Bevölkerung und Asylbewerber vor kriminellen und gewaltbereiten Personen im Umfeld von Asylunterkünften darf nicht ignoriert werden.

Jede Gemeinde soll anteilmässig für den Unterhalt von Asylsuchenden aufkommen. Wer keine geeigneten Unterkünfte bereitstellen kann, muss den Anteil der effektiv angefallenen Kosten an die aufnehmenden Gemeinden bezahlen. Dies kann z.B. durch einen entsprechenden Fonds auf Basis einer jährlichen Abrechnung erfolgen.

Verrechnung der effektiven Kostenanteile an Gemeinden, welche keine Asylunterkünfte anbieten

Schnittstellen

Migration ist ein komplexes Thema und beeinflusst viele Bereiche des täglichen Lebens. Bildung spielt in der Integration eine wichtige Rolle, die gesteigerte Mobilität der Binnenmigranten und Grenzgänger erfordert raumplanerische und verkehrstechnische Massnahmen. Auch das Gesundheitswesen und die Energiepolitik werden durch Zunahme der Bevölkerung vor Herausforderungen gestellt. Diese Aspekte werden wir in den entsprechenden themenspezifischen Positionspapieren näher beleuchten.

Die glp Aargau setzt sich ein für:

- Eine umfassende, interdisziplinäre Migrationspolitik unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen (dies beinhaltet auch familienpolitische, sozialpolitische und städtebauliche Massnahmen).
- Förderung von Engagement, Toleranz, Verantwortungsbewusstsein und Zivilcourage auch im Zusammenhang mit Migration.
- Klare und erreichbare Erwartungen an die Integrationsleistungen von Immigranten. Dazu gehören z.B. Sprachkenntnisse sowie Kultur- und Gesetzeswissen. Solche Integrationsvereinbarungen enthalten im besten Fall auch Sanktionsmassnahmen.
- Das Erreichen der erwarteten Integrationsleistungen soll aktiv unterstützt werden, z.B. durch frühe Sprachförderung von fremdsprachigen Kindern durch entsprechende Angebote, z.B. MUKI-Deutsch.
- Das Einhalten der Werte unserer Verfassung ist zentral. So soll z.B. die Religionsfreiheit gelebt werden können aber religiöse Sonderregelungen sollen untergeordnet werden, wenn z.B. deren Einhaltung den regulären Schulbetrieb stören bzw. die Umsetzung des Lehrplans verhindern.
- Wir verlangen deutlich schnellere und rechtsstaatlich korrekte Asylverfahren.
- Schaffung von Bundeszentren ist ein zentrales Anliegen. Die glp will keine Internierungslager, jedoch sollen zentrale Unterbringungsmöglichkeiten für straffällige oder renitente Asylbewerber möglich sein.
- Ausreichende finanzielle Mittel, um die Sicherheit der Bevölkerung, insbesondere in der Umgebung von Asylunterkünften, zu gewährleisten.
- Eine möglichst frühe Einbindung von Asylsuchenden in die Arbeitswelt.

- Verstärkte internationale, europäische und interkantonale Zusammenarbeit, einheitlichere Standards in Europa, gemeinsame Patrouillen etc. um effizienter gegen Einbruchtouristen vorgehen zu können.
- Einheitliche und sachliche Anforderungskriterien für Einbürgerungen.
- Anreize für attraktive Arbeitgeber schaffen, sich im Aargau niederzulassen, um den Anteil der Langdistanzpendler zu reduzieren.